

Die E-Mail-Debatte

«Das Kapital hat zu den Menschen zu fließen – nicht umgekehrt»

Nach dem Brexit sind sich Jacqueline Badran und Gregor Rutz erstaunlich einig, was die Analyse der EU betrifft. Zumindest in den groben Zügen

Jacqueline Badran

Werter Herr Rutz. Über die Folgen des Brexit wurde wie wild spekuliert, vor und nach der Abstimmung. Egal wie man es sieht – der Brexit wird massive Auswirkungen haben auf die Weltwirtschaft, auf die EU und die Schweiz. Sicher ist aber auch: Es öffnen sich Zeitfenster für Reformen, neue Möglichkeiten. Ich bin der Überzeugung, dass die EU und wir diese erkennen und nutzen müssen.

Gregor Rutz

Geschätzte Frau Badran: Spekuliert wurde vor allem vorher. Und geschwindelt. Die Europäische Union vermittelt seit Jahren Verunsicherung statt Stabilität. Die Einheitswährung hat sich als gefährliches und teures Experiment erwiesen. Dass Volksentscheide – etwa das Nein zur EU-Verfassung in den Niederlanden und Frankreich – ignoriert werden, zeigt die Abgehobenheit der EU-Bürokraten. Das Votum des Vereinigten Königreichs ist da gleichsam ein Befreiungsschlag: Es ist wichtig, dass die Politiker ihre Verantwortung wieder wahrnehmen – und zwar für ihr eigenes Land. Wo jeder für alles, aber niemand für etwas Konkretes verantwortlich ist, kommt es nie gut heraus. Dass in der Schweiz trotz diesem Entscheid der Briten weiter über eine institutionelle Einbindung nachgedacht wird, ist bedenklich.

Jacqueline Badran

Sie wollen, dass Politiker wieder Verantwortung wahrnehmen? Bravo! Aber wieso treten Sie dann seit Jahren die Verantwortung ans anonyme Kapital ab? Sie tun immer so, als ob wir von Brüssel erpresst würden. Schauen Sie sich doch einmal unsere politischen Entscheide an. Sämtliche Steuerreformen dienen einzig der Gewinnmehrung von Konzernen; zusätzliche leistungsfreie Gewinne nota bene, finanziert durch die normalen Leute mit ihren Einkommenssteuern. «Wenn ihr nicht legiferiert, wie wir wollen, dann gehen wir», so die globalen Konzerne. Und Sie machen den Bückling. Sie begrüssen auch das transatlantische Handelsabkommen

Debattierer



Jacqueline Badran,

53, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 43,

ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

zwischen den USA und der EU (TTIP), das Konzernen Klagerechte einräumt wegen entgangener Gewinne aufgrund nationaler Gesetze. Das würde die Übernahme der Demokratie durch eine Konzernoligarchie bedeuten. Merken Sie eigentlich, dass Sie ständig mehr Autonomie abgeben und dabei vorgeben, es gehe um «Selbstbestimmung»? Mir macht Sorgen, dass England nach dem Brexit seine Offshore-Tätigkeit verstärkt und der erpresserische Druck der Konzerne auf uns noch zunehmen wird.

Gregor Rutz

Zu meinen, in einem bürokratischen Gebilde wie der heutigen EU könne Verantwortung wahrgenommen werden, ist eine Illusion. Darum staune ich immer wieder über Sozialdemokraten, welche einen EU-Beitritt ernsthaft befürworten. Die EU-Funktionäre handeln fernab der Bevölkerung und sind demokratisch weder legitimiert noch kontrolliert. Genau dies haben die Briten gemerkt. Sie wollten ihre Unabhängigkeit zurückgewinnen, um die Demokratie zu stärken und ihre Verantwortung wahrnehmen zu können. Darum ging es bei diesem Volksentscheid.

Jacqueline Badran

Ich gebe Ihnen recht, dass politische Verantwortung und Demokratie zunehmend zu einem Theater verkommen sind. Manchmal kommt es mir vor, als ob auch wir hier Demokratie nur spielen. Die EU hat sowieso ein eklatantes Demokratiedefizit, ist autokratisch und betreibt eine extrem neoliberale Wirtschaftspolitik. Das bestreitet niemand. Aber genau in Brüssel sieht man, wie ohnmächtig die Politik generell geworden ist. Eine Finanzmarktkrise, Währungsspekulationen, globale Steuervermeidung sind viel wirkungsmächtiger, als es die Politik je sein könnte. Wir vollziehen die Logik der Finanzmärkte nach, die – es gibt da nicht einmal einen Aufschrei – 15 Prozent Eigenkapitalrendite «erwarten» dürfen. Wenn dies nicht eintritt, «reagieren die Märkte enttäuscht». Es ist, als ob man dem Finanzmarkt eine

Seele gegeben hätte. Das ist genau das, was die Briten und viele Verlierer der Globalisierung spüren: Kontrollverlust. Nationalkonservative Politiker wie Sie geben dann den vielen Zuwanderern die Schuld. Dabei ist es doch Ihre Politik des Anlockens von Konzernzentralen und die damit verbundene Kapitalakkumulation an wenigen Standorten, die Menschen zu mobilen Einheiten des Humankapitals degradiert, die dem Kapital hinterherwandern müssen. Wir, die EU und Grossbritannien sind willfähige Statisten in diesem System, das wenige Gewinner und viele Verlierer produziert. Hier muss die Reform ansetzen: mehr Demokratie, flexiblere Lösungen für die Besonderheiten der Länder und weniger Neoliberalismus. Der freie Kapital- und Personenverkehr muss weniger dogmatisch gestaltet werden. Das Kapital hat zu den Menschen zu fließen – nicht umgekehrt.

Gregor Rutz

Das ist jetzt aber etwas viel Kraut und Rüben. Von neoliberal merke ich bei dieser Bürokratieflut wenig – aber immerhin sind wir uns bezüglich des Demokratiedefizits einig. Doch eines nach dem anderen. Der britische Entscheid führt uns vor Augen, dass Internationalisierungsstränge eine kurze Halbwertszeit haben. Für wirtschaftliche Prosperität sind politische Stabilität und Rechtssicherheit von zentraler Bedeutung. Dies gewährleistet ein demokratischer Staat, welcher die Rechte und Freiheiten von Bürgern und Gliedstaaten respektiert, am besten. Damit die Behörden diese Verantwortung wahrnehmen können, ist es wichtig, den jeweiligen Verantwortungsbereich klar zu umreissen. Dies ist bei der EU nicht der Fall: Die Union reisst zwar immer mehr Zuständigkeiten an sich – aber verantwortlich ist im konkreten Fall dann doch niemand. Genau darum war der englische Entscheid richtig. Und nur so kann man die von Ihnen genannten Probleme auch lösen. Das müssten Sie bei Gelegenheit auch einmal Ihrer Parteileitung erklären.



Nachgefragt bei

Andreas Hirstein

Bedeutet das erste Todesopfer in einem selbstfahrenden Auto das Ende der Technikträume?

Der tödliche Zusammenstoss zwischen einem automatisch gesteuerten Sportwagen der Marke Tesla und einem Lastwagen, der sich bereits Anfang Mai in den USA zugetragen hat, ist für alle Autohersteller ein Rückschlag. Er wird die Entwicklung zum selbstfahrenden Fahrzeug nicht stoppen, aber möglicherweise verzögern. Denn ein Assistenzsystem, das einen herannahenden Lastwagen bei Tageslicht nicht als Gefahr erkennt, ist für den Einsatz im Strassenverkehr nicht geeignet und hätte nicht verkauft werden dürfen. Es reicht nicht aus, die Fahrer beim Aktivieren des Autopiloten darauf hinzuweisen, dass sich das System noch in einer Beta-Phase der Entwicklung befindet und die Hände am Steuer bleiben müssen. Im Alltagsbetrieb machen das viele stolze Fahrzeugbesitzer nämlich nicht. Ein Autopilot ist kein harmloses Gadget und keine App fürs Smartphone: Wenn das automatische Steuern und Bremsen nicht funktioniert, sind die Passagiere und andere Verkehrsteilnehmer nicht nur genervt, sondern im schlimmsten Fall tot. Statt böser Kommentare im App-Store gibt es dann Todesanzeigen in den Zeitungen zu lesen.

Selbstfahrende Autos dürfen deshalb nur dann zugelassen und verkauft werden, wenn sie ausgereift sind. Sie werden sich im Markt nur durchsetzen, wenn sie die Opferzahlen im Strassenverkehr deutlich senken. Der Chef der amerikanischen Behörde für Strassen- und Fahrzeugsicherheit, Mark Rosekind, hat laut der «New York Times» schon vor einiger Zeit gefordert, selbstfahrende Autos müssten das Unfallrisiko mindestens halbieren. Das mag ein Anfang sein, langfristig genügen wird es aber nicht. Denn während wir die Fehler von Menschen akzeptieren – sofern sie nicht vorsätzlich oder fahrlässig begangen werden –, sind wir gegenüber den Fehlern von Maschinen viel weniger toleranter. Maschinen müssen funktionieren. Das muss besonders für Fahrzeuge gelten, von denen unser Leben abhängt.

Andreas Hirstein leitet das Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».

51 Prozent

Frauenkörper taxieren für einen guten Zweck



Nicole Althaus

Bikini – man kann das Wort nicht aussprechen, ohne mit den Lippen ein Lächeln zu formen. Vielleicht verzeihen Frauen dem Zweiteiler deshalb sein Talent zur Folter. Jedenfalls entblößen sie sich jedes Jahr von neuem in der Garderobe auf der Suche nach dem perfekten Stück. Grösse, Schnitt und Farbe sind dabei nicht so entscheidend. Ein Bikini passt, wenn die Frau darin ihr Spiegelbild erträgt. Und weil das in Zeiten des kollektiven Körperkultes schwieriger geworden ist, wehren sich viele Frauen Sommer für Sommer mit dem Wort «Sexismus!» gegen die ersten superschlanken Models, die sich auf Plakaten im Minitextil räkelten.

Der Bikini ist nicht einfach ein Badeutensil. Er ist seit seiner Erfindung der Zündstoff, über den die Gesellschaft ihr Frauenbild verhandelt. Kirchenvertreter und Frauenverbände zeigten sich schockiert, als der Pariser Modeschöpfer Louis Réard der Welt an einem Julitag vor 70 Jahren den kleinsten Badeanzug, der je geschneidert wurde, präsentierte. Und prompt wurde er an den Stränden in Italien, Portugal, Spanien und

in den USA verboten. Erst die Frauen der 68er Generation enttabuisierten den Bikini.

Wer jetzt denkt, dass Stoffdreiecke, die von Bändern zusammengehalten werden, heute keinen Aufruhr mehr verursachen, täuscht sich gewaltig. Diesen Sommer hat der Bikini gleich in zwei Ländern zu Zensur geführt. Ironischerweise ebenfalls im Namen der Emanzipation: Die israelische Rundfunkbehörde hat im Mai eine Werbung verboten, in der Bar Refaeli, das berühmteste Model des Landes, mit ihrem knackigen, nur von einem Tanga bedeckten Hintern wackelt. Das war für die Kontrollinstanz zu sexy, sie verbannte den Clip ins Spätprogramm. Israel war übrigens das erste Land, das gegen die Normierung des Frauenkörpers ein sogenanntes Photoshop-Gesetz eingeführt hat und seither manipulierte Bilder zensuriert. Vor zwei Wochen hat auch der Londoner Bürgermeister Sadiq Khan beschlossen, Werbung, die «unrealistische Körpererwartungen» schürt, aus dem öffentlichen Transportnetz zu verbannen. Ausgelöst hat den Zensurakt die Kampagne «Are You Beach Body Ready», die eine perfekt proportionierte Frau im Bikini zeigte und schon letzten Sommer zu Protesten von feministischer Seite geführt hatte. «Als Vater zweier Mädchen im Teenageralter beunruhigt mich diese Form von Werbung», sagte Khan, «sie würdigt Frauen herab und führt dazu, dass sie sich für ihren Körper schämen.»

Als Mutter zweier Töchter im Teenageralter teile ich die Sorgen des englischen Bürgermeisters um das Körperbild seiner



Auch wer entscheidet, was noch als schlank durchgeht und was bereits krank ist, setzt Standards.

Mädchen, nicht aber die Massnahme zu deren Schutz. Zensur tut nämlich exakt das, was sie verurteilt: Sie bewertet den Frauenkörper. Auch wenn das Urteil von einem politisch korrekten Gremium kommt, bleibt es doch ein Urteil. Auch wer entscheidet, was noch als schlank durchgeht und was bereits krank ist, setzt Standards. Der einzige Unterschied für mich als Frau und Mutter zweier Töchter ist: Statt dass mir eine Werbeagentur zeigt, wie die ideale Frau auszusehen hat, die sich am Strand zeigen darf, zeigt mir ein Zensurgremium, wie die ideale Frau auszusehen hat, die sich im Londoner Untergrund zeigen darf. Das Model wird vielleicht ein kleines bisschen üppiger sein. An den richtigen Stellen, versteht sich. Denn keine Modemarke wird ihre Zweiteiler je an Frauen vorführen, die dafür nicht ideale Proportionen haben.

Wer Körper zum Schutz der Frau zensuriert, sitzt demselben Missverständnis auf wie die feministische Bewegung «Body Positivity», die via Internet versucht, den Schönheitsbegriff des Menschen auszuweiten und ihm auch dicke Beine und hängende Brüste schmackhaft zu machen. Nur: Für schön gehalten zu werden, ist kein Menschenrecht. Man kann niemanden zwingen, etwas schön zu finden. Die neue Bikini-Moral im Namen der Emanzipation ist in der Absicht sicher ehrenwert. Aber das kann man auch vom Kommunismus sagen.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Strittis Schlagzeile

Zur Neuauflage der Präsidentenwahl in unserem östlichen Nachbarland.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.